

Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich – Qualität sichern, Vielfalt ermöglichen, Verlässlichkeit schaffen



Ab dem Schuljahr 2026/2027 haben Grundschulkinder in Baden-Württemberg aufwachsend ab Klassenstufe 1 einen bundesgesetzlich verankerten **Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung**. Dieser Rechtsanspruch sieht einen Betreuungsumfang von acht Stunden an fünf Tagen in der Woche vor (inklusive Unterrichtszeit) und gilt mit Ausnahme von maximal vier Wochen Schließzeit auch in den gesamten Schulferien. Ziel ist nicht nur die Betreuung, sondern die ganzheitliche **Förderung der Kinder**. Gleichzeitig wird die Betreuungslücke, die mit dem Übergang von der Kita in die Grundschule für viele Familien entsteht, geschlossen – ein wichtiger Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere für Alleinerziehende und ein Gewinn für Unternehmen in Zeiten des Fachkräftemangels.

Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung kann eine **große Chance** sein – wenn er gelingt. Aber die Umsetzung in Baden-Württemberg stockt: Es fehlen Plätze, Personal, Räume, verbindliche Standards und eine gesicherte Finanzierung. Kommunen und Schulen werden weitgehend allein gelassen, außerschulische Partner unzureichend eingebunden. Doch die Zeit drängt. Bereits jetzt nutzen zusammen mit den zusätzlichen Angeboten der Kommunen sowie der Kinder- und Jugendhilfe rund 50 % der Grundschulkinder ein Betreuungsangebot, aber diese decken meist nicht die im GaFöG geforderte Zeitspanne von acht Stunden täglich ab. Damit ist absehbar: Weder der aktuelle Bedarf wird gedeckt, noch kann der Rechtsanspruch ab 2026/2027 in vollem Umfang erfüllt werden.



Wir Freie Demokraten fordern: Ganztags muss ein hochwertiges Bildungs- und Betreuungsangebot sein, das individuelle Förderung, Verlässlichkeit und Planungssicherheit bietet. Eigentlich wäre hier die Landesregierung gefragt, die die Herausforderungen jedoch augenscheinlich aussitzen will. Deshalb haben wir aus der Opposition heraus gehandelt und im März 2024 zum **Ganztagsgipfel** in den Landtag eingeladen und daraus ein umfängliches Positionspapier entwickelt. Nachdem die Regierung weiterhin weitestgehend untätig blieb und zwischenzeitlich die Investitionsförderung vom Losglück abhängig machen wollte, haben wir im Mai 2025 zu einem **Experten-gespräch** eingeladen. Dabei waren sich die geladenen Experten insbesondere in einem Punkt einig: **Die Landesregierung darf sich beim Thema Ganztags nicht länger aus der Verantwortung stehlen!** Es braucht klare, landesseitige Vorgaben, um insbesondere bei der Qualifikation des Personals sowie der Qualität der Angebote einzuhaltende Mindeststandards zu definieren und Kindeswohl und Kinderschutz gewährleisten zu können.

Wir Freie Demokraten sagen: Ganztags darf nicht zur reinen „Aufbewahrung“ werden, sondern muss ein hochwertiges, verlässliches Bildungs- und Betreuungsangebot sein. Dafür braucht es Qualität, Wahlfreiheit, Planungssicherheit und eine faire Finanzierung. Deshalb fordern wir zur **sofortigen Umsetzung** durch die Landesregierung oder **spätestens innerhalb der ersten 100 Tage einer neuen Regierung** nach der Landtagswahl 2026 für einen gelingenden Ganztags:

- 1. Bedarf erheben und Planung absichern** – landesweite, digitale und regelmäßige Bedarfsabfragen bei Eltern und Personalstandsbefragungen bei Trägern durchführen, um Ausbau und Ressourcen faktenbasiert zu steuern.
- 2. Verbindliche Qualitätsstandards und Rechtssicherheit schaffen** – landesweit gültige Mindestvorgaben zu Personal, Fachkraft-Kind-Relation, Kinderschutz und Konzeption festlegen, die Qualitätsrahmen Betreuung und Ganztagschule sowie das Leitbild Ganztags überarbeiten und Klarheit bei Datenschutz und aufsichtsrechtlichen Fragen schaffen und eine Hinwirkungspflicht der Städte und Gemeinden verankern.
- 3. Personal gewinnen und qualifizieren** – Fachkräfte-katalog erstellen, bestehende Qualifikationen (z. B. Jugendleiter, Übungsleiter) anerkennen, Basisqualifikationen mit Weiterbildungsmöglichkeiten einführen bzw. anerkennen und ein digitales Matching-System starten.
- 4. Schulen und Träger entlasten** – Koordinierungsstellen in jedem Sozialraum einrichten, Aufgaben klar definieren und dafür ein Förderprogramm des Landes auflegen.
- 5. Vielfalt und Wahlfreiheit sichern** – Eltern müssen zwischen verschiedenen Betreuungsformen (Ganztagschule, Hort, kommunale und freie Angebote, Kindertagespflege) wählen können. Die rein schulische Ausrichtung ist zu beenden. Schulkonferenzen sind bei Einrichtung und Modellwahl einer Ganztagschule einzubeziehen.
- 6. Ferienbetreuung rechtssicher regeln** – verbindliche Vorgaben für Umfang, Qualität und Finanzierung schaffen; flexible Anrechnung (z. B. Ferienfreizeiten, mehrtägige Angebote) ermöglichen.
- 7. Einbindung außerschulischer Partner stärken** – z.B. Sportvereine, Musik- und Kunstschulen, Jugendverbände und Kindertagespflege verlässlich beteiligen, Finanzierungsmodelle für haupt- und ehrenamtliche Kräfte schaffen - auch unabhängig der Monetarisierungsmöglichkeiten der Ganztagschulen.
- 8. Inklusion und besondere Bedarfe berücksichtigen** – Ganztagsanspruch auch für Kinder an allen SBBZ umsetzen, inklusive Lösungen frühzeitig gesetzlich verankern.
- 9. Finanzierung fair und dauerhaft sichern** – Land muss Kommunen durch FAG und Landesmittel verlässlich unterstützen, Betriebskosten (inkl. Ferienbetreuung) angemessen mittragen und Konnexität anerkennen.
- 10. Digitalisierung nutzen** – Verwaltungsprozesse vereinfachen, Bedarfserhebung und Anspruchsverwaltung digitalisieren und eine Matchingplattform einführen, um Schulen, Kommunen und außerschulische Partner unkompliziert zusammen zu bringen.



Sie haben Fragen oder Anregungen? Wir sind für Sie da.

Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL

Fraktionsvorsitzender
T: 0711 2063-9001
hans-ulrich.ruelke@fdp.landtag-bw.de

Dr. Timm Kern MdL

Stv. Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Bildung, Hochschulen,
Kirchen und Religionsgemeinschaften
T: 0711 2063-9350
tim.kern@fdp.landtag-bw.de

Dennis Birnstock MdL

Sprecher für Forschung, frühkindliche Bildung,
Jugend und Sport
T: 0711 2063-9210
dennis.birnstock@fdp.landtag-bw.de

Alena Fink-Trauschel MdL

Sprecherin für Berufliche Bildung, Europa,
LSBTTIQ, Frauen und Musik
T: 0711 2063-9270
alena.fink-trauschel@fdp.landtag-bw.de